

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 11.03.2025

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen /Beiräte
Bearbeiter/in: SPD-Fraktion, Mitglied der Stadtvertretung Heiko Steinmüller
Telefon: (03 85) 5 45 29 62

**Antrag
Drucksache Nr.**

öffentlich

01434/2025

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Segregationsmindernde Maßnahmen bei Erweiterung einer Gemeinschaftsunterkunft im Stadtteil Mueßer Holz

Beschlussvorschlag

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, um in Schwerin den Segregations- bzw. Dissimilitätsindex zu senken.

Ausgangspunkt sind Inhalte und Ergebnisse der Studien „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ (Helbig und Jähnen, 2018), „Die soziodemographische Entwicklung der industriell errichteten Wohnsiedlungen ostdeutscher Städte“ (Helbig und Jähnen, 2019) und „Hinter den Fassaden. Zur Ungleichverteilung von Armut, Reichtum, Bildung und Ethnie“ (Helbig 2023).

Das Konzept ist im 3. Quartal 2025 der Stadtvertretung vorzulegen.

2. Zur Kompensation der mit der Erweiterung einer Gemeinschaftsunterkunft im Mueßer Holz verbundenen Probleme wird der Oberbürgermeister zudem beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um den dort durch die Segregation seit Jahren bereits bestehenden und sich nun verschärfenden Herausforderungen zu begegnen. Bei der Erarbeitung eines Maßnahmenplanes sind alle einschlägigen Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes sowie alle die Situation verbessern bündes- und landesgesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, sich beim Bildungsministerium für eine verbesserte personelle Ausstattung der örtlich zuständigen Schulen, die den besonderen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler im Mueßer Holz sowie den Themen Nachhaltigkeits- und Demokratiebildung gerecht wird, einzusetzen.

Über die ergriffenen Maßnahmen ist der Stadtvertretung im Juni 2025 zu berichten.

Beschlussvorschlag

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme der Landeshauptstadt Schwerin an der Innerstädtischen Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zu organisieren.

Begründung

Die Aufgabe der Unterbringung von Geflüchteten ist eine bundesgesetzliche Aufgabe der Landeshauptstadt Schwerin, der sie nachkommen muss, auch wenn die Stadtvertretung keinen geeigneten Standort für eine zweite Gemeinschaftsunterkunft beschlossen hat. Mit Schreiben vom 16.12.2024 hat die WGS dem Oberbürgermeister ein sanierungsbedürftiges Objekt in der Hamburger Allee 194 – 200 im Stadtteil Mueßer Holz angeboten, welches bereits angenommen worden ist.

Die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft bedeutet eine Verdopplung der dort bereits vorhandenen Unterbringungskapazitäten. Ohne flankierende Maßnahmen werden die in diesem Stadtteil bereits bestehenden Probleme verschärft. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Probleme systematisch anzugehen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Sitzungen der Ortsbeiräte haben ergeben, dass die von der Verwaltung in den Blick genommenen Grundstücke ungeeignet sind. Deshalb wird der Oberbürgermeister aufgefordert, sich dem Thema mit der notwendigen Sensibilität weiter zu widmen.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Mandy Pfeifer
Fraktionsvorsitzende SPD-Fraktion

gez. Heiko Steinmüller
Mitglied der Stadtvertretung